

Medienmitteilung, 7. Juli 2014

VCS beider Basel, umverkehR

--

Autoverkehr einsparen

Der Regierung fehlt Mut und Wille

Die Basel Stimmberechtigten haben der 10%-Reduktion des Autoverkehrs vor rund 3½ Jahren deutlich zugestimmt (Abstimmung über den Gegenvorschlag zur Städte-Initiative, 2010). Dem Regierungsrat hingegen fehlt jeglicher Mut, dem Willen der BaslerInnen nun Taten folgen zu lassen. Der Regierungsrat gibt selber zu, dass das nun vernehmlassete Verkehrspolitische Leitbild nicht tauglich ist, um den Volkswillen umzusetzen. Wirkungsvollere Massnahmen müssen deshalb her.

Regierungsrätlicher Denkfehler

Gemäss Verkehrspolitischem Leitbild, das bis heute in der öffentlichen Vernehmlassung war, soll der Autoverkehr bis 2020 bloss um 2-5% reduziert werden. Der Regierungsrat erweckt darin den Eindruck, dass eine 10%-Reduktion zum wirtschaftlichen Niedergang Basels führe. Das ist ein Denkfehler. Städte sind attraktiv und wettbewerbsfähig, nicht trotz sondern weil sie den Fuss- und Veloverkehr fördern und damit die Lebensqualität verbessern. Kopenhagen ist nicht das einzige, wohl aber das prominenteste Beispiel für diesen Zusammenhang. Dort wurden in den letzten zwanzig Jahren jährlich 2-3 Prozent der Parkplätze aufgehoben und die verbleibenden massiv verteuert (ca. CHF 5/h). Die Folgen waren erstens, dass die KopenhagerInnen auf das Velo umgestiegen sind, dass immer mehr Menschen ins Zentrum gezogen sind und dass die Stadt als Wohn- und als Arbeitsort an Attraktivität gewonnen hat.

Wirkungsvolle Massnahmen

Der Studienauftrag „Stiig-um“, welcher der Ausarbeitung des Leitbilds voranging, hat gezeigt, mit welchen Massnahmen der Autoverkehr wirkungsvoll reduziert werden kann:

1. Die Zufahrt in die Stadt mit dem Auto muss stärker dosiert werden.
2. Fahrspuren für den MIV müssen zu Gunsten von öffentlichem und Fuss- und Veloverkehr abgebaut werden.
3. Der ÖV und der Fuss- und Veloverkehr müssen gegenüber dem MIV gerade dann konsequent bevorzugt werden, wenn Zielkonflikte bestehen.
4. Parkraum muss abgebaut und konsequent, d.h. mit Blick auf das Ziel der Reduktion des Autoverkehrs, bewirtschaftet werden.

Diese Massnahmen wurden von Expertenteams zuhanden des Regierungsrates vorgeschlagen.

Politisch opportun?

Den fehlenden Mut diese Massnahmen umzusetzen, begründet der Regierungsrat mit Zielkonflikten. Weitergehende, d.h. wirkungsvolle Massnahmen lehnt der Regierungsrat ab, weil er die damit verbundenen Auswirkungen nicht riskieren möchte. Vor welchen Auswirkungen der Regierungsrat sich fürchtet und wie einschneidend diese Auswirkungen wären, sagt der Regierungsrat jedoch nicht. Aufschlussreich sind aber seine Ausführungen zur Parkraumbewirtschaftung: Eine Verschärfung der Parkraumbewirtschaftung hält der Regierungsrat für politisch nicht opportun - den Willen der BaslerInnen nicht umzusetzen hingegen schon?

Kontakt

Stephanie Fuchs, Geschäftsführerin VCS beider Basel, 076 584 11 77

Philippe Koch, Geschäftsleiter umverkehR, 078 663 35 46